

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 68 (1993)

Heft: 4

Artikel: Gemeinsame Sache mit Armeeabschaffern? : Nein danke!

Autor: Villiger, Kaspar

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-713802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEMEINSAME SACHE MIT ARMEEABSCHAFFERN? – NEIN DANKE!

Beitrag von Bundesrat Kaspar Villiger, Chef EMD

Europa hat seit 1989 wahre Wechselbäder genommen: Zunächst weckten der Fall der Mauer, das Ende des kalten Krieges und der Sturz der kommunistischen Diktaturen weltweite Hoffnungen. Allgemeine Friedenseuphorie – besonders in Europa. Plötzlich jedoch prasselte Ernüchterung in Form von Kriegen, Nationalitätenkonflikten, Flüchtlingsströmen, sozialen Misere und Fremdenhass auf den Kontinent nieder. Auch an der Schweiz – sonst meistens nur so am Rand betroffen – ging solcher Schauer nicht spurlos vorbei. Im folgenden Exklusivbeitrag für unsere Zeitschrift «Schweizer Soldat + MFD» befasst sich EMD-Chef Bundesrat Kaspar Villiger mit dem Wandel in Europa, mit Sicherheitspolitik, der Armee 95 wie auch mit den beiden wehrpolitischen Initiativen, über die wir am 6. Juni abstimmen.

Traurig standen die zwei jungen Frauen in dem von Granaten zerstörten Sportstadion in Sarajewo. Vom Bürgerkrieg gezeichnet und jeder Hoffnung beraubt, schilderten sie, wie sie hier als Mädchen vor den Augen der Welt getanzt hatten. Voller Stolz seien sie gewesen. Die Tagesschau brachte diesen Beitrag am 8. Februar 1993. Exakt neun Jahre vorher waren in der bosnischen Hauptstadt Olympische Spiele eröffnet worden. Hatte damals wohl jemand geahnt, wie unverhofft die Lage von Hoffnung in Krise und Elend schwenken kann? Wie unberechenbar Geschichte ist?

Gewiss: Die Situation in Ex-Jugoslawien ist nicht auf die Schweiz übertragbar. Allgemein gültig ist aber die schreckliche Wirklichkeit, dass das Ende des kalten Krieges die Welt nicht sicherer gemacht hat. Dass sehr rasch alles anders werden kann. Und dass die Wehrlosen dafür büssen müssen. Das heutige Sarajewo ist Wirklichkeit. Die Tagesschau wird nicht in Hollywood gemacht. Es ist ein Beispiel für die Instabilität im heutigen Europa. Ein Beleg für die diffuse Lage voller politischer, wirtschaftlicher und sozialer Spannungen in weiten Teilen unseres Kontinents. Ein Mahnmal auch, dass Verantwortung nicht durch Illusionen ersetzt werden darf. Dass es verhängnisvoll ist, die Realität zu verdrängen.

Instrument des Krisenmanagements

Der Bundesrat hat die Veränderungen in Europa eingehend analysiert und 1990 die schweizerische Sicherheitspolitik neu definiert. Dass der Bericht, ungeachtet der fundamentalen Umwälzungen seither, nichts von seiner Aktualität eingebüsst hat, ist nicht Zufall. Wir vollziehen eine Politik, die sich an den Chancen zur Stabilisierung Europas orientiert, die sich jedoch auch gegen verbliebene und mögliche neue Risiken wappnet. 1987 vermochte niemand zu sagen, was 1989 sein würde, 1989 wusste man nicht, wie es heute ist, und heute kann keiner sagen, was in zehn Jahren sein wird.

Weil die Sicherheit der Schweiz von jener Europas abhängt, müssen wir mithelfen, dass dieses Europa sicherer wird: durch aussenpolitische Aktivitäten in der KSZE und im Eu-



Kaspar Villiger im Manöver Dreizack im November 1989

Bild «Keystone»

roparat, durch wirtschaftliche Unterstützung der jungen Demokratien im Osten, aber auch durch eine angemessene Verteidigungsbereitschaft. Besonders in instabilen Zeiten kommt den Armeen die wesentliche Rolle zu, das Gleichgewicht zu sichern. Wie alle Länder braucht auch die Schweiz ein solches Instrument des Krisenmanagements. Nach wie vor haben die rein defensiven Armeen Europas den Auftrag, durch Verteidigungsfähigkeit Erpressung und Krieg zu verhindern.

Neue, vielfältige Aufgaben

Auf dem Fundament des Sicherheitsberichts 90 entstand das Armeeleitbild 95, das nun – sämtlichen Erschwerissen (Personalabbau, Haushaltskürzungen) zum Trotz – in die umfassendste Armee reform der Geschichte unseres Bundesstaates mündet. Kleiner, flexibler, moderner wird sie, die Schweizer Armee. Friedensförderung und Existenzsicherung ergänzen fortan ihre bisherigen Hauptaufgaben, die Kriegsverhinderung und Verteidigung. Die Armee 95 wappnet sich gegen alle Eventualitäten und wird multifunktional. Parallel dazu wird das EMD gestrafft und in ein modernes Dienstleistungsunternehmen umgewandelt.

Es gibt nur eine Sicherheit

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht die Armee gutausgebildete und entsprechend ausgerüstete Soldaten. Nur so kann Landesverteidigung Glaubwürdigkeit beanspruchen und in der Bevölkerung die notwendige Verankerung finden. Zeitgemässe Ausbildung und Ausrüstung sind auch unabdingbare Voraussetzungen für eine motivierte Truppe. Deshalb wäre es fahrlässig, ja geradezu fatal, die Bedeutung jener beiden Initiativen, die am 6. Juni vor das Volk kommen, zu verharmlo-

sen. Es geht an diesem Urnengang weder um die Zahl der Waffenplätze noch um den Kauf eines bestimmten Flugzeugtyps, sondern einzig und allein um die bewusste Schwächung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Nach dem gescheiterten Versuch von 1989, die Armee auf einen Schlag abzuschaffen, versucht man es nun in Tranchen. Das aber kommt schlussendlich auf das Gleiche heraus.

Ich bin allerdings überzeugt, dass die meisten Schweizerinnen und Schweizer eine glaubwürdige Armee wollen. Auch in Zukunft. Möglichen Zweifeln sei gesagt, dass sich wirtschaftliche und soziale Sicherheit ohne militärische Sicherheit nicht verwirklichen lässt. Es wäre also falsch und gefährlich, kollektive und individuelle Sicherheitsbedürfnisse gegeneinander auszuspielen.

Ohne Luftschirm geht nichts

Im Hinblick auf den 6. Juni kann ich nicht oft genug betonen, dass an dem Tag weder über den Kauf von Hornet F/A-18 noch über deren Anzahl oder Preis abgestimmt wird! Die Initiative der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» will bis zum Ende des Jahrhunderts jede Erneuerung unserer veralteten Flugwaffe verhindern. Das läuft auf eine Selbstentwaffnung im sensibelsten Bereich hinaus. Der Verzicht auf einen modernen Luftschirm reissst eine gefährliche Lücke ins Dispositiv unseres Landes für den schlimmsten Fall. Es gibt weltweit keine Verteidigungsdoktrin, die ohne Luftschirm auskommt. Fehlt dieser, sind Bevölkerung und Bodentruppen massiv erhöhter Gefahr ausgesetzt, wie jüngste Kriege in aller Deutlichkeit gezeigt haben. Trotz stetigen Kürzungen in den letzten Jahren findet das Flugzeuggeschäft im EMD-Budget vollumfänglich Platz. Es führt also weder zu neuen Steuern noch zum Abbau ande-

rer Bundesaufgaben (AHV, Renten, Subventionen usw.). Hingegen löst die Beschaffung neuer Militärflugzeuge für die Schweizer Industrie Aufträge im Umfang von 2,5 Milliarden Franken aus – was wiederum Tausende von Arbeitsplätzen sichert. Lehnt das Volk die Erneuerung seines «Dachs über dem Kopf» ab, so fliessen die freiwerdenden Gelder nicht etwa in die allgemeine Bundeskasse. Vielmehr müsste der Bundesrat dem Parlament die Beschaffung anderer Rüstungsgüter beantragen, die sonst später gekauft worden wären. Die dringendste Investition aber müsste man auf die Zeit nach dem Jahr 2000 verschieben. Nur dass sie dann noch wesentlich teurer zu stehen käme und dass wir den technologischen Anschluss wahrscheinlich ganz verpasst hätten.

Man beachte das Kleingedruckte

Die zweite Vorlage für die Juni-Abstimmung hat ihren Pferdefuss im Kleingedruckten versteckt: Der schlagwortartige Titel umschreibt nämlich in keiner Weise, was der Initiativtext tatsächlich will. Die Obergrenze von 40 Waffenplätzen wird von niemandem bestritten und soll im neuen Militärgesetz verankert werden. Und das Umweltschutzgesetz gilt längstens auch für die Armee. Das Volksbegehren will aber weit mehr, als der Titel zum Ausdruck bringt – es ist ein Stolperstein für sinnvolle Erneuerungen.

Wie das übrige Bildungswesen muss sich auch die militärische Ausbildung den wachsenden Anforderungen und Bedürfnissen anpassen können. – Oder wäre es vorstellbar, dass die Bundesverfassung urplötzlich verbietet, veraltete Schulhäuser zu erweitern oder zu ersetzen? Unsere Soldaten haben

Anspruch auf moderne Ausbildungsanlagen und anständige Unterkünfte. Militärische Ausbildung heisst automatisch auch, dass die Verantwortung für kommende Generationen auf dem Spiel steht. Es geht also um die Frage, ob unsere Nachkommen dereinst schlechter geschult werden als Soldaten in andern Ländern. Könnten wir das verantworten?

Selbstentwaffnung ist riskant

Ich stelle immer wieder fest, dass auch Leute mit den Initianten des Flugzeugmuratoriums liebäugeln, die durchaus zur Arme stehen. Die einen hoffen, sie könnten halt doch vom «freiwerdenden Geld» profitieren, andere klammern sich an die Illusion der neuen Sicherheit, für dritte wären Raketen besser als Flugzeuge, und wieder andere hoffen, dass «ihre» Waffengattung vom Flugwaffenerneuerungsverbot profitieren könnte. – Das ist schicksalsschwer! Denn am 6. Juni geht es nicht um die Frage, ob für den einen oder anderen dieses oder jenes besser wäre. Es geht um die Frage, ob man die Verantwortung für die Sicherheit der Schweiz in die Hände der Armeeschaffer legen will!

Eine Annahme der beiden Initiativen hätte eine erhebliche Schwächung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes zur Folge. Daher sagen Bundesrat und Parlament NEIN zu den beiden Vorlagen. Selbstentwaffnung ist riskant – insbesondere in einer Zeit erhöhter Instabilität, wie wir sie täglich erleben oder aus den Nachrichten erfahren.

BUNDESPRÄSIDENT ADOLF OGI AN DER BERNER LANDSGEMEINDE

Eidgenössische Volksabstimmung vom
6. Juni 1993 über

«40 Waffenplätze sind genug –
Umweltschutz auch beim Militär»
und
«Für eine Schweiz ohne
neue Kampfflugzeuge»

KUNDGEBUNG gegen

- die beiden obgenannten Initiativen
- eine Armeeabschaffung auf Raten

SPIEL INF RS 3 und AKKORDEONGRUPPE AARBERG

werden die Berner Landsgemeinde
musikalisch umrahmen

MONTAG,
26. APRIL 1993, 2000 UHR
(TÜRÖFFNUNG 1915 UHR)
KURSAAL BERN, KONZERTHALLE

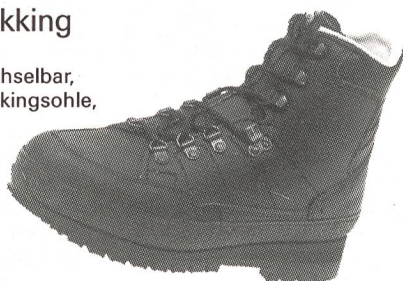
Berner Komitee für eine glaubwürdige
Landesverteidigung
Postcheckkonto 30-20094-2

Armeeschuh 2 Trekking

Rindleder schwarz,
Fussbetteinlage auswechselbar,
Lederfutter, griffige Trekkingsohle,
sehr leicht zum Tragen.

Mod. C Gr. 36–48*

Fr. 198.–



Kampfstiefel

Rindleder schwarz,
Fussbetteinlage
auswechselbar,
Lederfutter,
Profilgummisohle,
Schnellschnürverschluss,
leicht zum Tragen.

Mod. A Gr. 39–48*

Fr. 198.–

Bürgi's
Schuh Haus

De Luxe

Rindleder schwarz,
Fussbetteinlage
auswechselbar,
Lederfutter,
Trekkingsohle,
Schnellschnürverschluss,
leicht zum Tragen.

Mod. B Gr. 36–48*

Fr. 198.–



Allround-Stiefel

Rindleder schwarz
Fussbetteinlage auswechselbar,
griffige Gummisohle,
Metallreissverschluss,
Futter echt Lammfell.

Mod. D Gr. 39–46*

Fr. 189.–

auch mit Lederfutter

Fr. 189.–



Vers. 041 - 53 2144

Fax 041 - 53 2180

Bestellcoupon

Sdt

Ich bestelle 1 Paar Schuhe, Grösse _____
Rückgabe innert 8 Tagen.

- ☐ Mod. A
☐ Mod. B
☐ Mod. C
☐ Mod. D + Porto

*Ab Gr. 47 Übergrössenzuschlag Fr. 12.–

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an:

Bürgi's Schuhhaus, Sonnenplatz, 6020 Emmenbrücke